



Münster, 12.09.2023

Ratsantrag

Für neue Allianzen und sichtbares Engagement in der Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik Durchführung einer stadtweiten Genderkonferenz 2024

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Im Jahr 2024 soll eine stadtweite Genderkonferenz durchgeführt werden. Diese dient der Sichtbarkeit, der Vernetzung und dem fachlichen Austausch der in Münster aktiven Gruppen, Initiativen, Vereine und Organisationen im Bereich der Geschlechter-, Diversitäts- und Gleichstellungspolitik.
2. Die Genderkonferenz soll mit einem fachlichen Schwerpunkt durchgeführt werden, dazu sollen entsprechende Fachexpert*innen eingeladen werden. An der Planung und Durchführung der Genderkonferenz sollen neben dem Amt für Gleichstellung auch die Arbeitsgemeinschaft Münsterscher Frauenorganisationen (AMF), der Integrationsrat, der Jugendrat, das Kommunale Integrationszentrum und ggf. die Stabstelle Klima beteiligt werden.
3. Optional soll die Genderkonferenz mit dem Fest der Gleichstellung, das 2023 zum zweiten Mal stattgefunden hat, verknüpft werden.

Begründung:

In Münster sind die unterschiedlichsten Gruppen, Initiativen, Vereine und Organisationen im Bereich der Geschlechter- und Gleichstellungspolitik mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und für diverse Zielgruppen aktiv tätig und vertreten die Stadtgesellschaft von Münster als offene und plurale Gesellschaft. Um dieses Engagement der Aktiven füreinander und für die Stadtgesellschaft sichtbarer zu machen, soll eine stadtweite Genderkonferenz stattfinden. Diese soll sowohl Möglichkeiten zur Vernetzung und für neue Bündnisse bieten als auch einen fachlichen Austausch und ggf. eine gemeinsame Positionierung anregen.

Die Genderkonferenz sollte einen thematischen Schwerpunkt haben, um fachliche Diskussionen mit externen Expert*innen verhe2 diskutieren zu können. Als Schwerpunktthema bietet sich angesichts der breiten politischen und gesellschaftlichen Debatten zum Thema die Klima- und Geschlechtergerechtigkeit an. Zu diesem Thema arbeitet auf Bundesebene zurzeit die Sachverständigenkommission für den 4. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Da das Amt für Gleichstellung den 5. Aktionsplan unter das Schwerpunktthema Klima- und Geschlechtergerechtigkeit stellt, können somit sinnvolle Synergien erzielt werden.

Im Rahmen einer kommunalen Genderkonferenz kann die Frage von Klima- und Geschlechtergerechtigkeit auf die lokalen Fragen und Aktivitäten heruntergebrochen werden. Denn auch auf kommunaler Ebene betrifft die Klimakrise die Geschlechter unterschiedlich. Auch hier gehen die Leugnung der Klimakrise, demokratiefeindliche Bewegungen und Antifeminismus eine ungute Allianz ein, der eine breite Bewegung feministischer und diversitätssensibler Organisationen und Vereine gemeinsame Positionen entgegensetzen kann.

In Münster gibt es zahlreiche Organisationen und Vereine, die sich bereits seit Jahrzehnten für Gleichstellung, Antidiskriminierung und Frauenrechte engagieren und die sich u.a. in der Arbeitsgemeinschaft Münsterscher Frauenorganisationen (AMF) zusammengeschlossen haben. Zugleich haben sich in den vergangenen Jahren neue Gruppen und Initiativen gegründet, die die Themen Diversität und Queerfeminismus vertreten. Die Genderkonferenz kann daher auch dazu beitragen, dass sich eine stadtweite Organisation wie die AMF für neue Bewegungen und Vereine öffnet, um auch weiterhin die Breite feministischer Bewegungen abzubilden und zu vertreten. Um die Genderkonferenz fachlich möglichst breit und diversitätssensibel auszurichten, sollen in der Vorbereitung neben dem Amt für Gleichstellung von städtischer Seite auch der Integrationsrat, der Jugendrat und das Kommunale Integrationszentrum eingebunden werden. Um den Schwerpunkt Klima- und Geschlechtergerechtigkeit zu thematisieren, sollte die Stabsstelle Klima eingebunden werden. Die AMF sollte als zivilgesellschaftliche Organisation ebenfalls beteiligt werden.

Gez.

Sylvia Rietenberg
Christoph Kattentidt
Andre Blome
und Fraktion

Lia Kirsch
Thomas Kollmann
und Fraktion

Helene Goldbeck
und Ratsgruppe